

Vorbemerkung der SWG: Die hier geschilderte Behandlung der NPD ist ein Beispiel dafür, wie die etablierten Parteien ihr System verteidigen. Sie schrecken ganz offensichtlich nicht davor zurück, verdeckt oder gar offen mit zweifelhaften Methoden und Mitteln gegen unliebsame mögliche Konkurrenz vorzugehen. Der Geist des Grundgesetzes wird, wie zu sehen ist, von ihren Hütern untergraben. In Verbindung mit der öffentlichen Ausgrenzung und der schäbigen Behandlung durch die Presse bewirkt dies den programmierten Mißerfolg. Die lange und bewegte Geschichte der NPD sowie das Schicksal der Republikaner und des Bundes Freier Bürger sind Beweis genug. Nur wer zum System gehört oder „Links“ steht, darf die demokratischen Freiheiten und Rechte voll für sich beanspruchen. Der normale Wahlbürger merkt hiervon kaum etwas. -

Lex NPD

Schwerin: Landtag ändert die Geschäftsordnung

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich SPD, Linkspartei und FDP gemeinsam auf eine neue Geschäftsordnung für den Landtag geeinigt, die vor allem die Rechte der kleinen Fraktionen beschneidet. Hintergrund für den Entwurf ist der Einzug der NPD in den Landtag bei den Wahlen am 17. September.

Durch die neue Geschäftsordnung wird die Redezeit der kleineren Fraktionen verkürzt. Hiervon ist neben der NPD auch die FDP betroffen. Gleiches gilt für die Regelung im ebenfalls vorgelegten Entwurf für das neue Abgeordnetengesetz. Dieses ändert die Finanzierung der Landtagsfraktionen zu Lasten der kleineren Parteien. So kann die NPD-Fraktion nur mit 600.000 Euro statt der ihr ursprünglich zustehenden 847.000 Euro rechnen. Die FDP muß Einbußen von mehr als 200.000 Euro für die Fraktionsarbeit hinnehmen.

Gleichzeitig sieht das Abgeordnetengesetz vor, daß Mitarbeiter der Fraktionen sowie der Wahlkreisbüros der Abgeordneten künftig ein tadelloses polizeiliches Führungszeugnis vorlegen müssen. Ansonsten erhalten sie für ihre Tätigkeit kein Geld. In der Geschäftsordnung ist zudem ein neues Auszahlungsverfahren für die Besetzung der Ausschüsse geregelt, das es nahezu ausschließt, daß die NPD einen Vorsitzenden stellen kann. Die NPD reagierte auf den Entwurf zur Geschäftsordnung, über den an diesem Donnerstag abgestimmt werden sollte, bei der konstituierenden Sitzung des Parlamentes am Montag mit 22 Änderungsanträgen, die allesamt von den anderen Parteien abgelehnt wurden.

Junge Freiheit vom 20. Oktober 2006